

FOKUS

Arbeitskreis Sicherheit
und Wehrtechnik (asuw)

Ausgabe 2/09

Meine Meinung:

*Nationalrat Jakob Büchler
über das Sicherheits- und
Aufwuchs-Argument*



Auf einen Blick:

*Warum ein Export-
verbot die Schweiz
gefährdet*



Votum:

*Ja zum Wirtschaftsstand-
ort Schweiz, Nein zur
Exportverbots-Initiative*

Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

GSoA-Initiative greift die Un- abhängigkeit der Schweiz an

Die Befürworter der Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» gaukeln minimale wirtschaftliche Auswirkungen vor und sprechen vom Aufwuchs-Mythos. Fakt ist, dass eine Annahme der Initiative das wirtschaftliche Ende der Schweizer Wehrtechnik-Industrie bedeuten würde. Die Initiative würde somit einen innovativen Wirtschaftszweig vernichten. Eine totale Rüstungsabhängigkeit vom Ausland gefährdet zudem die nationale Sicherheit und damit die Souveränität der Schweiz.



Nationalrat Jakob Büchler *

Die Konsequenz einer Annahme der Initiative wäre eine mit unserer Sicherheitspolitik nicht zu vereinbarende totale Auslandsabhängigkeit. Denn: Ohne Exportfähigkeit keine Schweizer Wehrindustrie, ohne eigene Schweizer Wehrtechnik-Basis kein glaubwürdiger Aufwuchs, ohne Aufwuchs keine unabhängige Sicherheitspolitik. Der

Souverän hat seinen Willen zu einer eigenständigen, auf Bündnisfreiheit und Milizarmee basierenden Sicherheitspolitik in allen Abstimmungen seit 1989 klar bestätigt. Auch diese Initiative ist «alter Wein in neuen Schläuchen». Ein Rüstungsexportverbot wurde letztmals 1997 mit 77,5% der Stimmen und von allen Ständen an der Urne zu Recht verworfen. Die Wahrung der Souveränität des Landes bedingt eine wehrfähige Armee. Fehlt die Fähigkeit, die Ausrüstung der Armee bei einer Verschärfung der Sicherheitslage zumindest teilweise aus eigener Kraft sicherzustellen, so kollabiert das ganze Aufwuchskonzept. Die Auswirkungen der GSoA-Exportverbots-Initiative sind für unsere Sicherheitspolitik und den Wirtschaftsstandort beträchtlich. Es wäre verantwortungslos, Tausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel zu setzen und unsere Sicherheit zu gefährden. Darum ist die Exportverbots-Initiative der GSoA klar abzulehnen.

** Jakob Büchler ist CVP-Nationalrat aus dem Kanton St. Gallen, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission und Mitglied des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw)*

Editorial



Ein Exportverbot schadet der Schweiz

Am 29. November 2009 stimmen wir über die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ab. Die Folgen einer Annahme wären so klar wie verheerend: die verbleibende Schweizer Wehrtechnik-Industrie würde zerstört. Das ist genau das, was die Initianten wollen.

Die wirtschaftlichen Argumente gegen die Initiative werden im Abstimmungskampf hinreichend thematisiert werden. Tausende von Arbeitsplätzen vorsätzlich vernichten zu wollen, ist schlicht verantwortungslos. Mehr brauche ich an dieser Stelle nicht zu schreiben. Erlauben Sie mir stattdessen zwei Gedanken zur Ethik und zur Sicherheitspolitik.

Die Initianten gehen davon aus, dass Waffen per se Unheil anrichten und Leid verbreiten. Diese verkürzte These ignoriert, dass die Ausrüstung und Bewaffnung aus der Schweiz vielfach internationalen friedenssichernden Einsätzen der Staatengemeinschaft oder Polizeieinsätzen dient. Zudem besitzt jedes Land ein Recht zur

Fortsetzung Seite 2

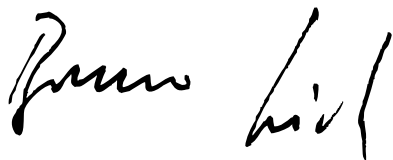
Fortsetzung Editorial

Selbstverteidigung. Dies ist nicht nur völkerrechtlich, sondern auch in den meisten Religionen anerkannt. Schliesslich hat die Schweiz eine sehr strenge Gesetzgebung, die auch ethischen Anforderungen stand hält.

Die GSoA-Initiative zielt direkt auf die Schweizer Sicherheitspolitik. Wir haben uns als neutraler Staat für eine autonome Landesverteidigung und für das Konzept des Aufwuchses entschieden. Beides bedingt eigene industrielle Kapazitäten. Wer nicht selber produziert, muss bei anderen Ländern hinten anstehen. Er wird bedient, wenn die anderen genügend erhalten haben. Ohne eigene Wehrtechnik-Industrie wäre unsere Sicherheitspolitik zum Scheitern verurteilt.

Kurz: Die Exportverbots-Initiative löst keinen einzigen Konflikt. Sie vernichtet aber Tausende von Arbeitsplätzen und gefährdet die erfolgreiche unabhängige Schweizer Sicherheitspolitik.

Bei der Sicherheit unseres Landes gibt es keine Kompromisse. Ich setze mich daher mit Vehemenz für ein NEIN am 29. November zur GSoA-Initiative ein.


Bruno Frick

Ständerat, Co-Präsident asuw

Know-how und Innovationen nicht aufs Spiel setzen

Ein Exportverbot für wehrtechnische Güter hätte den Verlust von wertvollem Know-how und von Tausenden von Arbeitsplätzen zur Folge. Zusammen mit den Rüstungsbetrieben wären unzählige hochspezialisierte KMU gezwungen, ihre Betriebe ganz zu schliessen oder einzelne Produktesparten aufzugeben und ihre Betriebe zu restrukturieren.

Neben den Arbeitsplätzen ginge mit dem Ende der Schweizer wehrtechnischen Industrie auch wertvolles Know-how verloren. Das wehrtechnische Produkt ist ein hochtechnologisches, ein

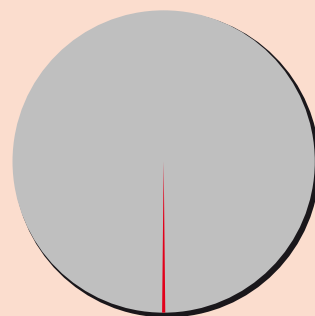


Nationalrat Johann N. Schneider-Ammann*

hochqualitatives Produkt. Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie sind in aller Regel überdurchschnittlich qualifiziert. Die Aktivitäten dieses Industriezweiges führen zu Innovationen und damit zu State-of-the-Art-Technologiekompetenzen, die sich auf zivile Produkte übertragen lassen. Viele Schweizer sind zu recht stolz auf die herausragenden Leistungen unserer Industrie. Doch die Pyramide zur erstrangig qualifizierten Industrieration wird von unten her lückenlos aufgebaut. Wir brauchen eine stolze, leistungsfähige Rüstungsindustrie, auch als Grundlage für eine topinnovative Industrie als Ganzes. Die Schweiz gehört heute zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Zu den Erfolgsfaktoren des Finanz-, Werk- und Denkplatzes Schweiz zähle ich, unter anderen, Sicherheit und politische

Geringer Anteil am Weltmarkt

Die Behauptung, ein Exportverbot für Schweizer Rüstungsgüter würde mehr Frieden bringen, ist politisch irreführend. Ein Ausfuhrverbot ist schon allein deshalb nutzlos, weil der Schweizer Anteil am internationalen Rüstungsmarkt verschwindend klein ist. 2006 betrug er 0,7 Prozent, im Jahr 2005 0,54 Prozent.



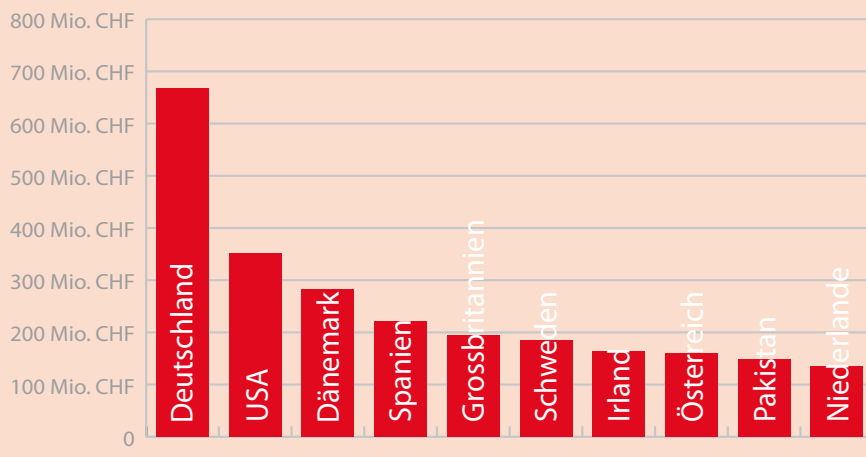
0,7 %

Schweizer Anteil am internationalen Rüstungsmarkt im Jahr 2006

Stabilität, wettbewerbsfreundliche gesetzliche Rahmenbedingungen, Leistungswille, Zuverlässigkeit und einen hohen Innovationsgrad. Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Vertrauen sind das A und O nicht nur der wehrtechnischen Industrie, sondern der gesamten Schweizer Exportindustrie mit all ihren Zulieferanten. Wer Ja sagt zum Wirtschafts- und Innovationsstandort Schweiz, muss Nein sagen zur Exportverbots-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee und ihrer links-grünen Alliierten.

** Johann N. Schneider-Amann, Berner FDP-Nationalrat, ist CEO der Ammann Gruppe, Präsident von Swissmem und Mitglied des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw)*

Hauptabnehmerländer von Schweizer Rüstungsexporten



Die zehn Hauptabnehmerländer in den Jahren 1998 – 2008 stammen hauptsächlich aus Europa.

Stimmen zur Initiative

«Die GSoA-Initiative läuft unseren nationalen Sicherheitsinteressen direkt zuwider.»

Korpskommandant André Blattmann, Chef der Armee

«Ein Exportverbot für wehrtechnische Güter bringt keinen Frieden. Es gefährdet vielmehr Tausende von hochqualifizierten Arbeitsstellen und die nationale Sicherheit.»

Nationalrätin Ursula Haller, BDP/BE

«Die GSoA-Initiative ist ein schwerer Schlag gegen die Geschäftstätigkeit im Bereich der zivilen Luftfahrtindustrie.»

Peter Huber, CEO Vibro-Meter AG, Fribourg

«Die GSoA-Initiative untergräbt die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Wirtschaftspartner.»

Jean Harter, CEO Vectronix, Heerbrugg SG

«Ein vom Exportverbot betroffenes Unternehmen hat zwei Optionen: Aufhören oder seine Produktion und Forschung ins Ausland verlagern.»

Toni J. Wicki, Verwaltungsrat Ruag Holding

«Grosskunden wie Boeing und EADS, die auch im zivilen Geschäft tätig sind, würden die Schweizer Industrie als nicht mehr verlässlich betrachten, weil die Tagespolitik die Rechtssicherheit beeinflusst. Damit werden auch viele zivile Geschäfte wegfallen.»

Toni J. Wicki, Verwaltungsrat Ruag Holding

«Konversion ist eine Utopie. In der Realität müssten wir unseren gesunden Betrieb in der Schweiz schliessen – mit allen Konsequenzen für unsere Mitarbeiter.»

Adolf Greuter, stellvertretender Managing Director MOWAG GmbH, Kreuzlingen

«Mit einer finanziellen Unterstützung liesse sich der Verlust an attraktiven Arbeitsplätzen nicht kompensieren. Ausserdem macht es keinen Sinn, einen kompetitiven und innovativen Industriezweig zu zerstören und dies mit staatlichen Mitteln zu kompensieren.»

Botschafterin Monika Rühl Burzi, Leiterin des Leistungsbereichs Bilaterale

GKG-Revision

Ständerat lehnt Vollmacht für Bundesrat ab

Der Ständerat lehnte in der Herbstsession eine Revision des Güterkontrollgesetzes (GKG) deutlich ab. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, dass die Regierung künftig die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern und besonderen militärischen Gütern zur «Wahrung wesentlicher Landesinteressen» autonom verweigern können soll. Der Ständerat lehnte diese Gesetzesverschärfung zu recht als unnötig ab. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

In der Vernehmlassung hatten FDP, SVP, economiesuisse, der Branchenverband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie SWISSMEM, der Schweizerische Gewerbeverband sgv, das Centre Patronal, die Groupe romand pour le matériel de défense et de Sécurité (GRPM) sowie der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) die Revision abgelehnt.

Abstimmung vom 29. November 2009

NEIN zur GSoA-Initiative!

Exportverbote:

vernichten
Tausende
Arbeitsplätze



- Ein Verbot entzieht einer ganzen Branche die Existenzgrundlage.
- Mehr als 10'000 Arbeitsplätze der Schweizer Exportindustrie sind gefährdet.
- In der Wirtschaftskrise Arbeitsplätze zu vernichten, ist doppelt falsch.

gefährden
unsere
Sicherheit



- Die Wehrtechnikindustrie ist ein Pfeiler der Schweizer Sicherheitspolitik.
- Die Annahme der Initiative bringt eine verhängnisvolle Auslandabhängigkeit.
- Die GSoA-Initiative ist eine politische Zwängerei der Armeeabschaffer.

sind unnötig -
heutige
Kontrollen genügen



- Die bisherige strenge Schweizer Exportgesetzgebung hat sich in der Praxis bewährt.
- Sämtliche Exporte müssen individuell und nach klaren Kriterien bewilligt werden.
- Der illegale Waffenhandel muss auf internationaler Ebene bekämpft werden.

Arbeitsplätze vernichten?

Am 29. November 2009

Exportverbote **NEIN**

GSoA-Initiative

Komitee gegen Exportverbote
www.exportverbot-nein.ch

NEIN zur GSoA-Initiative!

Tausende von Arbeitsplätzen sind bedroht



Exporte sind für die Schweizer Wirtschaft lebenswichtig. Der Heimmarkt alleine wäre für viele Unternehmen zu klein, um zu überleben. Ganz besonders gilt dies für die Wehrtechnikindustrie. Ein Exportverbot vernichtet Tausende von Arbeitsplätzen bei den direkt betroffenen Unternehmen und indirekt bei ihren Zulieferern. Die über 10'000 auf dem Spiel stehenden Arbeitsplätze verteilen sich auf rund **550 Unternehmen**, die meisten davon sind **Klein- und Mittelbetriebe** in der ganzen Schweiz. Betroffen sind hochwertige industrielle Wirtschaftssektoren, die ein beachtliches **Potenzial für Technologietransfer** aufweisen. Die Folge wäre ein grosser Verlust an Innovationen auch in zivilen Wirtschaftssektoren. Die von der Initiative angestrebte staatlich verordnete und subventionierte Umwandlung der Arbeitsplätze ist eine Verschleuderung von Steuergeldern. Sie kostet mehr als eine halbe Milliarde Franken. Die **staatlich geförderte Konkurrenz** bedroht zudem bestehende Unternehmen und somit weitere Arbeitsplätze.

Sicherheit und Unabhängigkeit gefährdet



Ein Exportverbot hätte die **weitgehende Liquidierung** der Schweizer wehrtechnischen Industriekapazitäten zur Folge. Sie führt dazu, dass die Schweizer Armee mittelfristig fast vollständig **auf ausländische Wehrtechnik angewiesen** wäre. Fehlendes Know-how würde die Wartung komplizieren und zu deutlich höheren Kosten führen. Eine fatale, vollständige **Auslandabhängigkeit** im sicherheitspolitischen Kernbereich wäre die Folge. Die Initianten und Armeeabschaffer wollen mit dieser Initiative einer eigenständigen und unabhängigen **Schweizer Sicherheitspolitik** die industrielle und technologische Grundlage rauben.

Die geltenden Gesetze haben sich bewährt



Der Export von Kriegsmaterial unterliegt in der Schweiz sehr strengen gesetzlichen Bestimmungen. Das **Kriegsmaterialgesetz (KMG)** und das **Güterkontrollgesetz (GKG)**, seit 1998 in Kraft, sind umfassende Regelwerke, die im internationalen Vergleich sehr strikt ausfallen. Ausfuhrgesuche müssen von den Behörden individuell, das heisst länder- und materialspezifisch, **nach klaren Kriterien beurteilt** werden.

Nein. Exportverbote schaden der Schweiz

Die Exportverbots-Initiative vernichtet Schweizer Arbeitsplätze, schadet der Wirtschaft und gefährdet unsere Sicherheit. Deshalb empfehlen Bundesrat, Parlament, die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaft, am 29. November ein Nein in die Urne zu legen.

GSoA-Exportverbots-Initiative

Halb- und Unwahrheiten (Teil 4)

Die Initianten der Exportverbots-Initiative versuchen mangels Argumente mit einer von ihr erstellten Liste «100 Fakten zu Kriegsmaterialexporten» einzelne Ausfuhren zu skandalisieren. Nach Durchsicht der GSoA-Liste erkennt man aber schnell, dass der Grossteil der von den Initianten kritisierten Ausfuhrgeschäfte aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des revidierten Güterkontrollgesetzes (GKG) und des revidierten Kriegsmaterialgesetzes (KMG), also vor 1997/1998 stammt.

Richtig ist:

Die Ausfuhr von Rüstungsmaterial unterliegt in der Schweiz sehr strengen gesetzlichen Bestimmungen. Das KMG, das GKG und die entsprechenden Verordnungen sind im internationalen Vergleich strenge Regelwerke. Aus staatspolitischer und rechtlicher Sicht sind die von der GSoA kritisierten Ausfuhrgeschäfte nicht zu beanstanden: Die Ausfuhren trugen den jeweils gültigen rechtlichen Bestimmungen Rechnung.

In einzelnen, äusserst seltenen Fällen kam es zu einer illegalen Verwendung von Schweizer Wehrtechnik durch den Empfängerstaat oder zu einer Weitergabe an Drittstaaten. In diesen Fällen haben sich die Regierungen der Empfängerstaaten über die Verwendungs- oder Endverbleibserklärungen hinweggesetzt. Solche Fälle sind bedauerlich, lassen sich aber weder bei wehrtechnischen noch bei allen anderen Arten von Exportgütern nachhaltig ausschliessen.

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw)

Unsere Ziele

Die Mitglieder des Arbeitskreises haben eine realistische, auf die heutigen Gefahren und Chancen zugeschnittene Sicherheitspolitik zum Ziel. Sie setzen sich dafür ein, dass die Schweizer Politik die zur Umsetzung nötigen materiellen, personellen und technologischen Ressourcen sicherstellt.

Insbesondere ist den Mitgliedern der Erhalt einer adäquaten Industrie- und Technologiebasis für die materielle und technologische Bewältigung der künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen ein Anliegen.

Der Arbeitskreis und seine Mitglieder wollen insbesondere:

- mit geeigneter Aufklärung dazu beitragen, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung einer adäquaten nationalen Wehrindustrie als Teil der Schweizer Industriebasis im Bewusstsein von Gesellschaft und Politik zu verankern;
- die Schweizer Politik dazu anhalten, ausreichende industrielle Kapazität in der Schweiz zu erhalten und die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass wirtschaftliche Unternehmensführungen im Bereich Wehrtechnik weiterhin möglich sind;
- sich für gesetzgeberische Rahmenbedingungen einsetzen, welche der Schweizer Wehrindustrie in staatlichem oder privatem Besitz die wirtschaftliche Existenz in der Schweiz ermöglichen.

Unsere Leistungen

Der Arbeitskreis und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele durch Informationsarbeit in Form von:

- Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen,
- Vorträgen, Informationsanlässen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

Unsere Finanzierung

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik finanziert sich durch Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Unsere Publikationen
Finden Sie unter: www.asuw.ch

Redaktion und Umsetzung:
Geschäftsstelle asuw

Sie erreichen uns unter:
Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw),
Postfach 65, 8024 Zürich
Internet: www.asuw.ch, E-Mail: info@asuw.ch
Telefon: 044 266 67 46 oder Fax: 044 266 67 00

Unser Präsidium

Sylvie Perrinjaquet, Nationalrätin FDP, NE
Bruno Frick, Ständerat CVP, SZ

Unsere Mitglieder

Hans Altherr, Ständerat FDP, AR
J. Alexander Baumann, Nationalrat SVP, TG
Roland Beck, Chefredaktor ASMZ
Stefan Bieri, ehem. Vizepräsident ETH-Rat
Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
Markus Blass, Präsident SOGART
Peter Briner, Ständerat FDP, SH
Martine Brunshawig Graf, Nationalrätin FDP, GE
Jakob Büchler, Nationalrat CVP, SG
Rolf Büttiker, Ständerat FDP, SO
Hermann Bürgi, Ständerat SVP, TG
Hervé De Weck, ehem. Chefredaktor RMS
Peter Dietrich, Direktor Swissmem
Josef Dittli, Regierungsrat FDP, UR
Corina Eichenberger, Nationalrätin FDP, AG
Eduard Engelberger, Nationalrat FDP, NW
Charles Favre, Nationalrat FDP, VD
Peter Forster, Chefredaktor Schweizer Soldat

Jean-René Fournier, Ständerat CVP, VS
Bruno Frick, Ständerat CVP, SZ
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin CVP, LU
Ursula Haller, Nationalrätin BDP, BE
Ernst Hasler, alt Regierungsrat SVP, AG
Brigitte Häberli-Koller, Nationalrätin CVP, TG
Hans Hess, Ständerat FDP, OW
Stefan Hostenstein, Vorstandsmitglied SOG
Gabi Huber, Nationalrätin FDP, UR
Thomas Hurter, Nationalrat SVP, SH
Markus Hutter, Nationalrat FDP, ZH
Robert Keller, alt Nationalrat SVP, ZH
Alex Kuprecht, Ständerat SVP, SZ
Daniel Lätsch, Direktor MILAK
Arthur Liener, Generalstabschef a D
Filippo Lombardi, Ständerat CVP, TI
Peter Malama, Nationalrat FDP, BS
Alfred Markwalder, ehem. Rüstungschef
Werner Messmer, Nationalrat FDP, TG
Christian Miesch, Nationalrat SVP, BL
Walter Müller, Nationalrat FDP, SG
Paul Niederberger, Ständerat CVP, NW
Guy Parmelin, Nationalrat SVP, VD
Sylvie Perrinjaquet, Nationalrätin FDP, NE
Urs Ramseier, ehem. Präsident Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee (STA)
Stéphane Rezzo, Unternehmer
Urs Rinderknecht, Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)
Jean-François Rime, Nationalrat SVP, FR
Ulrich Schlüer, Nationalrat SVP, ZH
Carlo Schmid-Sutter, alt Ständerat CVP, AI
Johann N. Schneider-Ammann, Nationalrat FDP, BE
Pius Segmüller, Nationalrat CVP, LU
Luzi Stamm, Nationalrat SVP, AG
Philippe Stähelin, Ständerat CVP, TG
Christian Wasserfallen, Nationalrat FDP, BE
Andreas Richner, Geschäftsführer